

Krisentreffen im Kolb-Anwesen

Kommunale Allianzen beratschlagten über die drohenden Kürzungen bei vielen Fördermitteln

VON NICOLE GUNKEL

GUTENSTETTEN – Die vier Kommunalen Allianzen im Landkreis schlagen Alarm: Die Bundesregierung plant eine Reduzierung der Förderung des ländlichen Raums.

So luden die Vorsitzenden, ihre Stellvertreter und die Allianzmanager der Kommunalen Allianzen A7 Franken-West, Aurach-Zenn, Franken 3 und NeuStadt&Land ins Kolb-Anwesen nach Gutenstetten, um aufzuzeigen, was die geplanten Kürzungen des GAK-Rahmenplans und die Streichung des Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“ vor Ort bedeuten würden.

Die Abkürzung GAK steht für „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und Küstenschutz“ (GAK). Welche Projekte hinter diesem abstrakten Begriff stecken, wurde in Gutenstetten verdeutlicht.

Zum Krisentreffen kamen auch der stellvertretende Landrat Reinhard Streng und als Vertreter des Amtes für Ländliche Entwicklung Mittelfranken (ALE) der Leitende Baudirektor Wolfgang Neukirchner mit seinen beiden Mitarbeiterinnen Maria Fell und Marlene Huschik.

Das denkmalgeschützte historische Kolb-Bauernhaus sei nach der Sanierung zum Gemeinde- und Kulturzentrum geworden, so Hausherr und Bürgermeister Gerhard Eichner. Dort finden Trauungen statt und Vereine kommen zusammen. Realisiert wurde es mit Unterstützung verschiedener Fördertöpfe, darunter auch die Dorferneuerung. 1,3 Millionen Euro kostete das Bauprojekt, 860.000 Euro Fördermittel sind dafür geflossen. Ohne Unterstützung durch ALE, sowohl finanziell als auch durch personelle Betreuung, wäre das nicht möglich gewesen, betonte Eichner. „Für kleine Gemeinden sind Fördermittel unwahrscheinlich wichtig.“

50 Millionen Euro weniger für das Land

Der Regierungsentwurf sieht nun aber eine Kürzung um 300 Millionen an Mitteln aus dem GAK-Rahmenplan vor, die Streichung des Sonderrahmenplans „Förderung der ländlichen Entwicklung“ macht weitere 160 Millionen Euro aus, erläuterte Martin von Loeffelholz von der Kommunalen Allianz Franken 3. Das ist eine Kürzung um satte 25 Prozent.

Für Bayern bedeutet das ein Minus von 50 Millionen Euro, für Mittelfranken stehen rund sieben Millionen Euro auf dem Spiel. Mit dem Geld finanziert das Amt für Ländliche Ent-

wicklung beispielsweise Maßnahmen zur Dorferneuerung oder zur Flurneuordnung, bringt die Digitalisierung voran, fördert Kleinbetriebe, investiert in Maßnahmen zum Gewässerschutz oder bringt mit dem Regionalbudget Kleinprojekte in den Kommunen voran.

Bei einer Sparmaßnahme in dieser Dimension sei der „Leidtragende der ländliche Raum, denn er verliert Kraft zum Investieren“, brachte es stellvertretender Landrat Reinhard Streng auf den Punkt. Der Landkreis muss die Verluste im Gesundheitswesen abdecken und in die Energienutzung investieren, listete Streng nur einige der gewaltigen Pflichtaufgaben des Kreises auf.

Kommunen leiden noch unter Corona-Folgen

Landkreis und Kommunen leiden noch unter Corona-bedingten niedrigeren Einkommensteuerzuweisungen. Gleichzeitig wachse der Verwaltungsaufwand, beklagte Streng. In dieser Gemengelage seien die Förderungen unverzichtbar für den ländlichen Raum. Das Grundgesetz schreibe vor, dass der Bund „gleiche Lebensbedingungen in allen Teilen Deutschlands“ schaffen müsse, erinnerte Streng. Statt Investitionskürzungen riet er zu Einsparungen durch Bürokratieabbau.

Diespecks Bürgermeister Dr. Christian von Dobschütz (Kommunale Allianz NeuStadt&Land) brachte eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise ein: Geld, das im ländlichen Raum investiert werde, entlaste die Städte. Stichwort Wohnungsbau. „Im Bund werden falsche Akzente gesetzt“, findet er.

Der Staat leistet sich ein für drei Monate gültiges Neun-Euro-Ticket, dafür könnte man 8,3 Jahre den ländlichen Raum fördern, hat der Diespecker errechnet und verwies auf den Multiplikationsprozess. Jeder Euro, der in die Region investiert wird, komme zum Beispiel durch Steuerzahlungen von Handwerksbetrieben wieder zurück in die Region.

„Die Axt nicht an der Strukturpolitik im ländlichen Raum ansetzen“: So lautete auch der Appell von Trautkirchens Bürgermeister Werner Wirth – seine Gemeinde ist Mitglied in der Allianz Aurach-Zenn. „Wir haben tolle Projekte umgesetzt“, so Wirth, zum Beispiel ein Unternehmen für Nahversorgung in der Gemeinde angesiedelt. Seine Kommune sei in den nächsten Jahren jedoch nur mit Pflichtaufgaben beschäftigt, für Investitionen bleibe kein Raum.

Allen Bürgermeistern lag das Förderinstrument „Regionalbudget“ be-



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus den Kommunalen Allianzen im Landkreis diskutierten im Kolbanwesen. Da es weniger Geld geben soll, definierten sie Ziele neu. Foto: Nicole Gunkel

Entsetzen in den Rathäusern

Die Markt Erlbacher Bürgermeisterin Kreß schreibt als Bezirksvorsitzende des Gemeindetags an die Minister

MARKT ERLBACH (ug) – Als Bezirksvorsitzende des bayerischen Gemeindetags schrieb die Markt Erlbacher Bürgermeisterin Dr. Birgit Kreß Briefe an Finanzminister Christian Lindner und Landwirtschaftsminister Cem Özdemir. Darin spricht sie sich vehement gegen die Kürzung der Mittel für den ländlichen Raum aus.

Entsetzt seien die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, heißt es darin. Der bayerische Gemeindetag, in dem vorwiegend die kleineren Kommunen vertreten sind, hat eine Resolution gegen das Vorhaben verfasst. Die Streichungen und Kürzungen, die das Bundeskabinett am 5. Juli mit dem Haushaltsentwurf beschlossen hat, widersprechen nicht nur dem Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse in Stadt und Land; sie stünden auch den von der Bundesregierung getätigten Aussagen zum Thema im Koali-

tionsvertrag diametral entgegen, wird erläutert.

Beschlossen worden seien massive Kürzungen bei der „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (kurz GAK) sowie eine vollständige Streichung des Sonderrahmenplans „Ländliche Entwicklung“. Alleine heuer seien 45 Millionen Euro an GAK-Mitteln und rund 49 Millionen Euro aus dem Sonderrahmenplan des Bundes in bayerische Gemeinden geflossen.

Diese Mittel würden dort fehlen, „wo es besonders drängt und schmerzt“. Neue Verfahren für Dorferneuerung werden in Zukunft kaum noch eingeleitet, wird beispielsweise befürchtet. Gemeinden müssten länger auf bereits bewilligte Fördermittel warten und in Vorleistung gehen.

Es beschädige zudem das Vertrauen der Kommunalpolitik und der Menschen im ländlichen Raum,

denen im Koalitionsvertrag der Bundesregierung versprochen wurde: „Bund und Länder sind gleichermaßen in der Verantwortung für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen. Gezielt zu diesem Zweck werden wir die Mittel von GRW und GAK jährlich dynamisch erhöhen. Wir wollen die Möglichkeiten der Infrastrukturförderung in der GRW und GAK erweitern, deren Anwendbarkeit flexibilisieren und die mehrjährige Übertragbarkeit der Mittel sicherstellen. Der Sonderrahmenplan ‚Ländliche Entwicklung‘ wird aufgestockt und ausgebaut. Wir prüfen einen neuen Fördertatbestand ‚Regionale Daseinsvorsorge‘ innerhalb der GRW“, steht dort geschrieben. GRW steht dabei für die „Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“.

Deshalb fordern die Gemeinden des Bayerischen Gemeindetags jetzt eine Rücknahme der Pläne.

sonders am Herzen. „Ein Renner“, wie Wirt betonte. „Bitte nicht am Regionalbudget sparen“, sprach auch von Dobschütz wohl allen Amtskollegen aus dem Herzen. Mit diesem Instrument könnten schnell und unbürokratisch bürgerschaftlich getragene, gemeinwohlorientierte Kleinprojekte umgesetzt werden.

Gedanken über Konsequenzen gemacht

„Das, was in Berlin geplant ist, macht uns Probleme“, sagte Behördenleiter Neukirchner. Eine bayerische Linie müsse erst noch abgestimmt werden, doch am Amt für Ländliche Entwicklung habe man sich über die Konsequenzen schon

Gedanken gemacht und drei Ziele definiert. Erstens: Die Dorf- und Flurerneuerung muss in jedem Fall weiterlaufen und hat erste Priorität. Zweitens: Konzentration auf notwendige Maßnahmen, um knappe Mittel effektiv einzusetzen. Drittens: Man will Geld für Spielräume einkalkulieren.

Und auf welche Konsequenzen müssen sich Kommunen und Privatpersonen einstellen, wenn die Bundesregierung ihre Pläne umsetzt? Die Fördersätze werden reduziert – und es werden entsprechend weniger Projekte eingeleitet. Kommunen und Privatpersonen müssen sich auf eine verzögerte Auszahlung einstellen und es müssen längere Wartezeiten bei Dorferneuerungen, Flurerneue-

rungen und Kernwegenetzen einkalkuliert werden, listete Neukirchner die Hiobsbotschaften auf.

Widerstand regt sich

Doch noch ist nicht aller Tage Abend. Man habe alle Bürgermeister angeschrieben, bei denen Dorferneuerungen laufen. Abgeordnete und Landräte wurden auf die Probleme hingewiesen, so Neukirchner. Auch die Kommunalen Allianzen sind tätig geworden, berichtete Martin von Loeffelholz: „Wir vernetzen uns“, außerdem wurde bereits ein Brief an das Bundeslandwirtschaftsministerium von Cem Özdemir abgeschickt.